

## Einen No-Deal-Austritt am 12. April

hält die Europäische Kommission jetzt für wahrscheinlich. Dies teilte ein Kommissionssprecher am Freitagnachmittag mit. Kurz zuvor hatte eine Mehrheit der britischen Parlamentarier zum dritten Mal Nein zum Austrittsvertrag mit der Europäischen Union gesagt.



„Das ist das Totalversagen der politischen Klasse des Vereinigten Königreichs. Europa kann nicht endlos auf Großbritannien warten.“

Der Europaabgeordnete und ÖVP-Spitzenkandidat Othmar Karas zur Londoner Abstimmung

## Labour-Chef Corbyn fordert May-Rücktritt und Neuwahl

LONDON (dpa). Der britische Oppositionschef **Jeremy Corbyn** von der Labour-Partei hat Premierministerin Theresa May zum Rücktritt aufgefordert und eine Neuwahl verlangt. „Das ist jetzt das dritte Mal, dass der Deal der Premierministerin zurückgewiesen wurde“, sagte der Oppositionsführer am Freitag im britischen Unterhaus.



Jeremy Corbyn

APA/afp/

Nun müsse eine Alternative dazu gefunden werden. Dazu habe das Parlament am Montag die Gelegenheit. „Wenn die Premierministerin das nicht akzeptiert, dann muss sie gehen. Nicht zu einem unbestimmten

Datum in der Zukunft, sondern jetzt, so dass wir bei einer Neuwahl über die Zukunft entscheiden können.“

## „Wir sind alle Londoner“



Londons Bürgermeister Sadiq Khan startet Aktion für EU-Bürger. APA

LONDON (dpa). Londons Bürgermeister Sadiq Khan hat eine Kampagne für die EU-Bürger gestartet, die nach einem Brexit in der britischen Hauptstadt bleiben wollen. Unter dem Motto „Wir sind alle Londoner“ fährt seit Freitag ein roter Doppeldeckerbus mit Juristen

durch die Metropole, um an verschiedenen Standorten kostenlose Beratung in Fragen rund um einen Austritt Großbritanniens aus der EU anzubieten. Nach Angaben der Stadt leben mehr als eine Million Bürger aus anderen EU-Staaten in London.



Brexit-Befürworter in London freuen sich über das Nein zum Austrittsvertrag mit der EU.

AP/Tim Ireland

# Großbritannien in der Sackgasse

**BREXIT:** Das britische Unterhaus hat wieder Nein gesagt zum Austrittsvertrag mit der Europäischen Union

**BRÜSSEL/LONDON** (dpa). Es war ein Tag wie jeder andere. „Der 29. März ist der 29. März“, sagte Sprecher Margaritis Schinas mittags in der Brüsseler EU-Kommission. Jetzt nur nicht emotional werden am lang angekündigten Brexit-Tag. „Wir positionieren die EU-Kommission nicht nach Aufregung, Enttäuschung oder Freude. Wir bevorzugen Fakten.“

Diese Tatsachen wurden am Freitag woanders geschaffen, gute 300 Kilometer entfernt in Westminster. Dort redeten sich die britischen Abgeordneten im Unterhaus zum gefühlten hundertsten Mal die Köpfe heiß über den EU-Austritt und die Zukunft des Vereinigten Königreichs – bevor sie am Nachmittag eine folgenschwere Entscheidung trafen. Es war mit Sicherheit kein Tag wie jeder andere.

Denn die britischen Abgeord-

neten stimmten auch im dritten und mutmaßlich letzten Versuch gegen den von Regierungschefin Theresa May mit der Europäischen Union vereinbarten Austrittsvertrag. Da half kein Drohen und kein Flehen und kein Jammern: Mit 344 zu 286 Stimmen schmetterten die Parlamentarier das Abkommen ab, das alle Trennungsfragen regeln und mit einer Übergangsfrist bis Ende 2020 den Briten einen sanften Abschied sichern sollte.

### „Default option“

Ist der Deal damit endgültig tot? Droht nun wirklich der gefürchtete „No Deal“, der chaotische Bruch mit Rechtsunsicherheit und Zollchaos und Konjunkturbruch? Das ist für die EU nun zumindest die „default option“ – der wahrscheinlichste Fall, so sagte es EU-Unterhändler Michel Barnier am Freitag, zeitgleich mit der britischen Parlamentsdebatte, aber Hunderte Kilometer entfernt in Polen im

College of Europe Natolin.

Auch er appellierte bei dieser Gelegenheit noch einmal an die britischen Abgeordneten: „Wir brauchen jetzt eine positive Aussage, um voranzukommen. Und es ist die Verantwortung eines jeden Mitglieds des Unterhauses, so sagen, was sie wollen.“

Genützt hat das am Freitag erst mal nichts, und die Luft wird nun tatsächlich dünn. „Ein No Deal-Szenario am 12. April ist jetzt wahrscheinlich“, erklärte ein Sprecher der EU-Kommission nur Minuten nach der Abstimmung in London. Die Kommission bedauere diesen Ausgang.

Und trotzdem bleiben auch jetzt noch einige Optionen. Denn den „No Deal“, den auch die 27 bleibenden EU-Staaten nun als reale Bedrohung auf sich zukommen sehen, hat das britische Unterhaus bereits mehrfach mit großer Mehrheit abgelehnt, zuletzt am Mittwoch. Das ist fast das Einzige, bei dem sich die Abgeordneten einig schei-

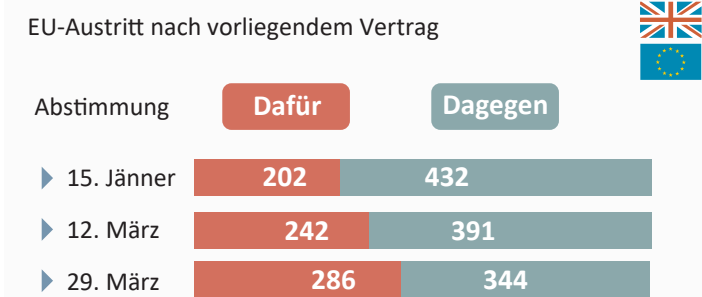
nen. Finden sie eine Alternative, ist das Chaos-Szenario noch abzuwenden. So ist auch die Beschlusslage in der EU. Auf dem Gipfel vergangene Woche hatte die Europäische Union Großbritannien eine Verschiebung des ursprünglich für diesen Freitag geplanten Brexits zugesagt, und zwar in 2 unterschiedlichen Varianten. Hätte das Unterhaus diese Woche den Austrittsvertrag gebilligt, hätte das Land am 22. Mai geregelt aus der EU ausscheiden können. Es kam anders.

### Plan B

Aber nun bleibt noch Plan B: Ohne diese Zustimmung läuft immerhin eine Frist bis zum 12. April, also noch 2 Wochen. Bis dahin kann Großbritannien Vorschläge machen, wie man aus der Sackgasse einigermaßen heil rauskommt.

© Alle Rechte vorbehalten

## Brexit-Abstimmungen im Unterhaus



Dolomiten - Infografik: APA

## EUROPA-SPLITTER

# Wenn es hart auf hart kommt

**BREXIT:** Zahlreiche Vorbereitungen in der EU für harten Ausstieg abgeschlossen

Was einen harten von einem weichen Brexit unterscheidet ist in erster Linie der Wegfall einer Übergangsfrist. Würde es am 12. April zu einem Austritt ohne Austrittsabkommen (harter Brexit) kommen, so würde Großbritannien von einem Tag auf den anderen ein Drittland werden. Abertausende an EU-Rechtsvorschriften wären nicht mehr bindend. Zölle und andere Handelshemmnisse würden wieder entstehen.

Grenzkontrollen wären wieder einzuführen, was insbesondere in Irland politisches Sprengpotential hat. Der Flugverkehr wäre gefährdet. Briten in der EU wären auf einmal Angehörige eines Drittstaates. EU-Bürger in Großbritannien wären ihrem Gastland gegenüber nicht mehr mit den Rechten von Unionsbürger ausgestattet. Großbritannien würde aus den EU-Fördertöpfen fallen und es wäre unklar, wann und wieviel Großbritannien offene Zahlungen begleichen würde.

Um einen solchen Austritts-



Pro-Brexit-Demonstranten in London.

APA/afp/TOLGA AKMEN

schock im Falle eines harten Brexit so klein wie möglich zu halten, arbeitet die EU-Kommission seit mehr als einem Jahr an Notfallmaßnahmen. Sie hat 90 Mitteilungen zur Vorbereitung auf den Brexit veröffentlicht und 19 Legislativvorschläge gemacht, von denen die allermeisten bereits angenommen wurden. Der Brexit Chefverhandler hat alle 27 Hauptstädte besucht, um die Maßnahmen zu diskutieren und Risiken abzuklären.

Eine der zahllosen Maßnahmen ist die Fortsetzung des finanziellen EU-Förderpro-

gramms zur Unterstützung des Friedensprozesses in Nordirland (PEACE) bis Ende 2020. Die EU fördert den nordirischen Friedensprozess seit 3 Jahrzehnten. PEACE belebt die Versöhnung in den Grenzgebieten Irlands und Nordirlands. Darüber hinaus wurde vorgeschlagen Reservierungen zu tätigen, um auch im Jahr 2019 Zahlungen an Begünstigte im Vereinigten Königreich zu leisten.

Im Bereich der Fischerei soll dem Vereinigten Königreich bis Ende 2019 Zugang zu den EU-Gewässern gewährt werden, so-

fern EU-Schiffe im Gegenzug Zugang zu den Gewässern des Vereinigten Königreichs haben. Für den Luftverkehr soll sichergestellt werden, dass der Luftverkehr zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich bei einem Austritt ohne Abkommen nicht vollständig zum Erliegen kommt.

Für den Schienenverkehr sollen die Sicherheitsgenehmigungen für bestimmte Teile der Eisenbahninfrastruktur für einen streng begrenzten Zeitraum von 3 Monaten gültig bleiben. Dies betrifft insbesondere den Kanal-tunnel und ist an die Bedingung geknüpft, dass das Vereinigte Königreich den EU-Anforderungen entsprechende Sicherheitsstandards beibehält.

Für das Programme Erasmus soll erreicht werden, dass Studierende und Praktikanten ihren Studienaufenthalt abschließen können und weiterhin ihre Stipendien und sonstige Zahlungen beziehen. Auch eine hotline wurde geschaffen: 00 800 6 7 8 9 10 11.

© Alle Rechte vorbehalten

## 3 FRAGEN AN...

### ... Gabriel N. Toggenburg\*



„Dolomiten“: Die EU hat 17 Notgesetze erlassen. Wird somit selbst ein harter Brexit weich?

Gabriel N. Toggenburg: Man darf nicht vergessen, dass all diese Notfallmaßnahmen kein Abkommen mit Großbritannien ersetzen können. Es handelt sich um einseitige Maßnahmen der EU. Das sind praktisch Schwimmwesten, die vor dem eiskalten Wasser des harten Brexit schützen. Aber ins Trockene kommt man nur wenn Großbritannien dann am gleichen Strick zieht.

„D“: Haben Sie ein konkretes Beispiel?

Toggenburg: Eine der vorgeschlagenen Maßnahmen besagt, dass man den Briten eine visumsfreie Einreise nach einem harten Brexit ermöglichen will. Doch das steht unter der Bedingung, dass im Ge-

genzug auch das Vereinigte Königreich allen EU-Bürgern unterschiedslos visumfreie Einreise gewährt. Die Notfallmaßnahmen dienen also dazu, Großbritannien Angebote unterbreiten zu können, hinter denen alle 27 Mitgliedstaaten stehen, um den Trennungsschock im täglichen Leben der Menschen abzufedern.

„D“: Warum hat sich der Brexit in Großbritannien zu einem derartigen Polit-Drama entwickelt?

Toggenburg: Der Brexit war und ist ein in sich widersprüchliches Versprechen. Sich in einer globalisierten Welt aus einem starken Binnenmarkt herauszulösen mit dem Ziel, wieder Größe und mehr Bewegungsfreiheit zu erlangen, muss Frustration zur Folge haben. Wenn man dann auch noch an eine Nachbarinsel gekoppelt ist, die Teil dieses Binnenmarktes ist, dann wird das ganze Vorhaben selbstdestruktiv.

\* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz.